

Die Gesellschaften der Europäischen Union im Vergleich (2)

Stefan Hradil



Stefan Hradil

Inhaltsübersicht

Die Abschnitte bis 3.6 erschienen in Heft 2-08

1. *Modernisierungstheorie als „Messlatte“ des Sozialstrukturvergleichs*
2. *Bevölkerung*
 - 2.1 Grundbegriffe und die idealtypische Modernisierung
 - 2.2 Geburten
 - 2.3 Sterblichkeit
 - 2.4 Außenwanderungen
 - 2.5 Probleme demografischen Wandels
3. *Familien, Haushalte, Lebensphasen*
 - 3.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung
 - 3.2 Haushaltsgrößen
 - 3.3 Ehe und Familie
 - 3.4 Allein Erziehende
 - 3.5 Nichteheleiche Lebensgemeinschaften
 - 3.6 Singles und allein Lebende
4. *Bildung*
 - 4.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung
 - 4.2 Bildungsexpansion
 - 4.3 Geschlechtsspezifische Bildungschancen
 - 4.4 Schichtspezifische Bildungschancen
 - 4.5 Bildungschancen von Migrantenkindern
5. *Erwerbstätigkeit*
 - 5.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung
 - 5.2 Die Beteiligung am Erwerbsleben
 - 5.3 Die sektorale Entwicklung
 - 5.4 Wirtschaftsleistung und Wohlstandsniveau

6. *Wohlstandsniveau und soziale Ungleichheit*
 - 6.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung
 - 6.2 Einkommensverteilung
 - 6.3 Armut
7. *Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat*
 - 7.1 Begriffe und idealtypische Modernisierung
 - 7.2 Das Ausmaß der Sozialleistungen
 - 7.3 Die Struktur der Sicherungsleistungen
 - 7.4 Angleichung
8. *Fazit*

Zusammenfassung

Spätestens seit ihrer Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten umfasst die Europäische Union sehr unterschiedliche Gesellschaften, die auch deutliche Entwicklungsabstände aufweisen. Diese Unterschiede und Abstände sind wesentlich größer als in der „alten“ EU der 15 Mitgliedsstaaten. Zum Verständnis des aktuellen Geschehens in EU-Ländern ist es daher unerlässlich, die jeweiligen gesellschaftlichen Hintergründe und die Eigenarten der betreffenden Länder mit zu bedenken. Im folgenden Beitrag wird versucht, hierzu nötige Informationen zusammen zu stellen. Sie konzentrieren sich auf die Sozialstruktur der einzelnen Länder. Mit Hilfe eines groben modernisierungstheoretischen Rasters sollen die nationalen Eigenheiten vergleichbar eingeordnet werden.³

4. Bildung

4.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

Im Rahmen der Sozialstrukturanalyse geht es weniger um Bildungsinhalte als um Abschlüsse in formalen Bildungseinrichtungen. Modellhaft vollzieht sich ihre Entwicklung in drei Etappen:

traditionale
Agrargesellschaften

In *traditionalen Agrargesellschaften* besucht nur ein kleiner Teil der Menschen Bildungseinrichtungen, wie etwa die Klosterschulen des Mittelalters oder dann im Zeitalter der Renaissance die Fürstenschulen und Universitäten. Die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere des Bauernstandes, gelangt nicht in die Schule, sondern wird von ihren Eltern, Verwandten, Knechten etc. in die (wenigen) Kenntnisse eingewiesen, die zur Lebensführung notwendig sind. Familien- und Bildungssystem sind noch nicht ausdifferenziert.

moderne Industrie-
gesellschaften

In *modernen Industriegesellschaften* existiert ein flächendeckendes Bildungssystem. Es besteht Schulpflicht. Alle geeigneten Gesellschaftsmitglieder genießen zumindest eine formale Grundbildung und können lesen und schreiben.

moderne Dienstleis-
tungsgesellschaften

In *modernen Dienstleistungsgesellschaften* steigen die Anforderungen an Bildung und Ausbildung rapide. In der Wirtschaft stellen nicht länger Grund und Boden, auch nicht mehr Maschinen, sondern die Kenntnisse der Menschen den wichtigsten Produktionsfaktor dar. Auch in der Politik wird von mündigen Staatsbürgern ein hoher Informationsstand erwartet. Größe und interne Spezial-

sierung des Bildungswesens nehmen stark zu. Weil das Bildungswesen eine so starke Bedeutung hat, werden Dienstleistungsgesellschaften oft auch als „Wissensgesellschaften“ bezeichnet.

Die Aufgaben des Bildungswesens weiten sich aus:

- Bildungseinrichtungen vermitteln immer umfangreichere Kenntnisse und Fertigkeiten, die es den Menschen erlauben, in immer komplizierteren Gesellschaften zu leben und zu arbeiten.
- In modernen Gesellschaften wird in Bildungsstätten die individuelle Leistungsfähigkeit und -bereitschaft gemessen und bestätigt. Bildungseinrichtungen erteilen so die Berechtigung, entsprechende Berufe auszuüben und deren Belohnungen zu erhalten. Diese Aufgabe beruht auf dem Anspruch moderner Gesellschaften, ausschließlich die individuelle Leistung als Gradmesser für Berufsstellung, Einkommenshöhe und Prestige zuzulassen. Das Bildungswesen als Stätte der Leistungsmessung soll die legitime „Dirigierungsstelle“ (Schelsky 1960) der Statuszuweisung in modernen Gesellschaften sein. Diese Leistungsgerechtigkeit erscheint jedoch nur dann legitim, wenn gleiche Chancen geschaffen werden, Leistungsfähigkeit zu entwickeln, entsprechende Bildungsstätten zu besuchen und dort Anerkennung zu finden.
- In postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften, in denen die Wissensbestände dramatisch zunehmen, fällt Bildungseinrichtungen immer mehr auch die Aufgabe zu, wichtige von unwichtigen Bildungsinhalten zu trennen und (Aus-)Bildung auf die wichtigen zu konzentrieren.
- In modernen, pluralistischen Dienstleistungsgesellschaft leben Menschen mit einer Vielzahl von Lebensstilen und Ethnien mit- und nebeneinander. Deren Vorstellungen von grundlegenden Normen unterscheiden sich oft. Daher müssen Bildungseinrichtungen einen Grundkonsens von allgemeinen Werten, Normen und „Spielregeln“ vermitteln.

4.2 Bildungsexpansion

Nahezu alle Länder der EU haben den Umfang ihres Bildungswesens in den letzten Jahrzehnten ausgeweitet. Dies entspricht den Anforderungen moderner Wissensgesellschaften. Immer mehr Menschen besuchen immer länger Schulen und Hochschulen. Heute sind Schüler und Studierende, nicht mehr Lehrlinge und Arbeitende, die dominierenden Sozialfiguren unter den jungen Menschen. 2005 hatten über drei Viertel der EU-Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren wenigstens die Sekundarstufe II abgeschlossen.

In fast allen EU-Ländern finden sich in der jüngeren Generation der heute 25- bis 34-Jährigen wesentlich mehr Menschen, die einen Schulabschluss des Sekundarbereichs II oder einen Hochschulabschluss vorzuweisen haben, als in der älteren Generation der 45- bis 54-Jährigen. Besonders stark wurden die Schulabschlüsse in Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien sowie die Hochschulabschlüsse in Belgien, Irland, Spanien und Frankreich ausgeweitet. Deutschland ist das einzige Land der EU, das sich im Generationenvergleich kaum eine prozentuale Vermehrung höherwertiger Schulabschlüsse (Sekundarbereich II) und sogar eine Verminderung des Bevöl-

Anforderungen
moderner Wissens-
gesellschaften

kerungsanteils mit Hochschulabschluss (Tertiärbereich) leistet. Ansonsten finden sich nur einige Länder mit stagnierender Bildungsexpansion im Hochschulbereich (Dänemark, Schweiz, Österreich, Ungarn, Slowakei und Tschechien) (OECD 2006: 34, 36).

Deutschland:
unterdurchschnittliche Finanzierung des Bildungswesens

Einer der Gründe für das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Bildungsvergleich ist die im Vergleich mit ähnlichen EU-Ländern unterdurchschnittliche Finanzierung des Bildungswesens, insbesondere im Primar- und im Tertiärbereich. Öffentliche und private Bildungsausgaben machten 2003 in Deutschland 5,3 Prozent, in Österreich 5,5 Prozent, in Finnland und im Vereinigten Königreich 6,1 Prozent, in Frankreich und in Slowenien 6,3 Prozent, in Schweden 6,8 Prozent und in Dänemark sogar 7,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Eurostat 2007: 97). Dies äußert sich z.B. in einer besonders hohen Zahl von Schülern, die in deutschen Grundschulen auf einen Lehrer entfallen (Eurostat 2007: 86).

4.3 Geschlechtsspezifische Bildungschancen

Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Moderne Gesellschaften haben den Anspruch, Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu realisieren. Ungleichheiten von Bildungschancen treten dann auf, wenn die Chancen zur Entwicklung von Leistungsfähigkeit oder zur Anerkennung von Leistungen im Bildungswesen von leistungsfremden Faktoren (wie z.B. von Geschlecht, sozialer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Rasse, Religion, Aussehen, persönlichen Beziehungen etc.) abhängen.

Als Maß der Chancengleichheit im Bildungswesen gilt die „proportionale Chancengleichheit“. Demzufolge gilt Chancengleichheit dann als realisiert, wenn auf jeder Stufe des Bildungswesens so hohe Anteile der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen wie auch in der gesamten Bevölkerung zu finden sind, wenn also die Hälfte der Schüler(innen) und Absolventen aller Bildungsstufen weiblich ist.

Weltweit gesehen haben Frauen in den meisten Ländern deutlich schlechtere Bildungschancen als Männer. Bis vor einigen Jahren war das auch in vielen Ländern Europas der Fall. Mittlerweile haben die Frauen im allgemeinbildenden Schulwesen und in den Hochschulen fast aller EU-Länder die Männer eingeholt und weithin sogar überholt. Deutschland ist in dieser Hinsicht eher Nachzügler. Zwar haben auch an den deutschen allgemeinbildenden Schulen die Mädchen seit Jahren bessere Erfolge als Jungen. Aber erst seit wenigen Jahren stellen Frauen auch an deutschen Hochschulen 50 Prozent der Studierenden und die Abbrecherquote von Frauen ist nicht länger höher als die der Männer. Dagegen bilden in allen EU-Ländern mit Ausnahme Zyperns die Frauen schon die Mehrheit der Studierenden (Eurostat 2007: 92).

Besonders deutlich zeigen sich die nunmehr schlechteren Bildungserfolge von Jungen in der deutschen Hauptschule. 10,5 Prozent aller Jungen, aber nur 6,3 Prozent aller Mädchen verlassen sie ohne Abschluss (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 73). In den deutschen Sonderschulen für Lernbehinderte sind mehr als zwei Drittel der Schüler männlich. Wieso dies der Fall ist und wie

dieser problematischen Entwicklung entgegengesteuert werden kann, ist derzeit Gegenstand vieler Forschungsprojekte.

4.4 Schichtspezifische Bildungschancen

Überall schneiden die Kinder sozial gut gestellter Eltern (mit höherer beruflicher Stellung, größeren Einkommen und besserer Bildung) in Bildungseinrichtungen besser ab als die Kinder aus niedrigeren Schichten. Denn Kinder aus oberen sozialen Schichten genießen viele Vorteile, die ihre (Entwicklung von) Leistungsfähigkeit begünstigen, zum Teil erfahren sie auch eine bessere Anerkennung ihrer Leistungen. Allerdings ist diese soziale Selektivität in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark.

Die viel diskutierten PISA-Studien zeigten, dass die Mathematik- und die Lesefertigkeiten von Schülern in Deutschland stärker von der Schichtzugehörigkeit der Eltern abhängen als in jedem anderen untersuchten OECD-Land (OECD 2004: 187ff.). Offenkundig ist das deutsche Bildungswesen nur in geringem Maße in der Lage, Startvorteile auszugleichen, oder es vergrößert diese noch. Das besonders hohe Ausmaß der schichtspezifischen Chancenungleichheit im Bildungswesen Deutschlands wird nicht aufgewogen durch ein besonders hohes Leistungsniveau. Die Leistungen deutscher Schüler sind im internationalen Vergleich vielmehr mittelmäßig (OECD 2007: 71). Europäische Länder wie Finnland und Island zeigen, dass sich ein relativ hohes Ausmaß an Chancenungleichheit mit einem hohen Leistungsstand durchaus vereinbaren lässt (OECD 2004: 210).

4.5 Bildungschancen von Migrantenkindern

Fast ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands war 2005 entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder hatte mindestens ein eingewandertes Elternteil. In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen hatte jeder vierte, unter den Kleinkindern bis zu den 5-Jährigen hatte sogar jedes dritte einen Migrationshintergrund. Die Bildungserfolge dieser Migranten sind wesentlich schlechter als die der einheimischen Bevölkerung.

So konnten 41 Prozent der jungen (25- bis 34-jährigen) Migranten in Deutschland 2005 keinen Berufsabschluss vorweisen. Dagegen hatten „nur“ 15 Prozent der gleichaltrigen Einheimischen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Fast 40 Prozent der jungen männlichen Migranten, aber nur gut 20 Prozent der jungen Männer ohne Migrationshintergrund hatten 2005 nur einen Hauptschulabschluss erreicht. Knapp 40 Prozent der jungen einheimischen Bevölkerung hatte 2005 die Hochschulreife erworben, aber nur gut 30 Prozent der jungen Migranten ist so erfolgreich gewesen (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 147). Die Bildungserfolge junger Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern, insbesondere aus der Türkei, sind noch deutlich schlechter.

In allen OECD-Ländern, die in den PISA-Studien 2000 und 2003 untersucht wurden, fanden sich nur in Belgien noch geringere Bildungserfolge von Migrantenkindern als in Deutschland. Dieser unrühmliche zweitletzte Platz kommt

Hinter den schlechten Bildungschancen von Migrantenkindern stehen also größtenteils schichtspezifische Nachteile.

unter anderem deswegen zustande, weil Migranteneltern in Deutschland im Durchschnitt einen besonders niedrigen Bildungs- und Berufsstatus besitzen (OECD 2004: 195). Hinter den schlechten Bildungschancen von Migrantenkindern stehen also größtenteils schichtspezifische Nachteile. Aber auch Sprachbarrieren, die in Deutschland kaum vorhandenen Vorschuleinrichtungen und geringen Fördereinrichtungen spielen eine Rolle.

5. Erwerbstätigkeit

5.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

Die herkömmlichen Modernisierungstheorien besagen:

- Im Zuge der Modernisierung werden immer größere Teile der Bevölkerung in die Erwerbstätigkeit einbezogen. Dies gilt in postindustriellen Gesellschaften auch und gerade für Frauen.
- Im Laufe der Entwicklung dominieren unterschiedliche Wirtschaftssektoren. Zuerst herrscht im Stadium der Agrargesellschaft der primäre Sektor der Landwirtschaft und Fischerei vor. Dann überwiegt in Industriegesellschaften der sekundäre Sektor der Güterproduktion. Schließlich dominiert in Dienstleistungsgesellschaften der tertiäre Sektor der Verrichtung von Dienstleistungen.
- Die Wirtschaftsleistung und damit auch der Wohlstand der Menschen nehmen zu.

5.2 Die Beteiligung am Erwerbsleben

ansteigende Beschäftigungsquoten

In der Tat steigen die Beschäftigungsquoten (Anteile der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) seit Jahrzehnten in den Ländern der EU praktisch kontinuierlich an. Zwar sank in vielen Ländern das „Arbeitsvolumen“ (die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden), aber die Zahl der Arbeitsplätze stieg. So gesehen kann also keine Rede davon sein, dass „der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht“ (Hannah Arendt).

Allerdings zeigen sich beim Beschäftigungszuwachs und beim Stand der Beschäftigung erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der erwerbsfähigen Bevölkerung der EU im Alter von 15 bis 64 Jahren gingen 2005 einer Erwerbstätigkeit nach. Mehr als zwei Drittel waren in Dänemark, Irland, Zypern, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden und im Vereinigten Königreich beschäftigt. Eher niedrig mit unter 60 Prozent lag die Beschäftigungsquote dagegen in Italien, Ungarn, Malta, Polen und der Slowakei. Deutschland lag im Mittelfeld (Eurostat 2007: 132f.).

Es waren vor allem die Frauen, insbesondere auch die verheirateten Frauen und die Mütter, die seit Mitte der 1970er Jahre auf den Arbeitsmarkt strömten und die Beschäftigungsquoten nach oben trieben. Daher sind in der Regel in den Ländern mit hoher Beschäftigungsquote (und großem Dienstleistungssektor; s.u.) auch viele Frauen erwerbstätig. Im Jahr 2005 stellten Frauen mehr als 46% der Erwerbstätigen in Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Lettland, Litauen, Portugal, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Auch hier liegt Deutschland mit 45% im Mittelfeld der EU und nur wenig über dem EU-Durchschnitt. Mit unter 40% der Beschäftigten stehen in den Mittelmeerländern Griechenland, Italien und Malta besonders wenige Frauen in Lohn und Brot (Statistisches Bundesamt 2006a: 50).

In den Ländern mit hoher Beschäftigungsquote sind auch viele Frauen erwerbstätig.

Abgesehen von den Baltischen Ländern zählen die westeuropäischen Länder mit hoher Frauenerwerbstätigkeit zu den Ländern, in denen eher viele Kinder zur Welt kommen. Das geläufige Vorurteil, Frauenerwerbstätigkeit ginge zu Lasten der Geburtenrate, trifft also nicht zu. Vielmehr erlaubt es die vergleichsweise hohe Frauenerwerbstätigkeit diesen Ländern, die nötigen Ressourcen bereit zu stellen, um (v.a. durch Kinderbetreuungseinrichtungen) Beruf und Familie zu vereinbaren und so relativ hohe Kinderzahlen möglich zu machen. Nicht trotz, sondern wegen hoher Frauenerwerbstätigkeit ist die Geburtenrate in Frankreich, Schweden, Großbritannien und Dänemark vergleichsweise hoch. In Ländern mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit und schwachen Ressourcen, wie z.B. in Italien, ist dagegen die Kluft zwischen Familienbildungschancen und Berufswunsch sehr groß (vgl. Kröhnert/Klingholz 2005).

Nicht trotz, sondern wegen hoher Frauenerwerbstätigkeit ist die Geburtenrate in Frankreich, Schweden, Großbritannien und Dänemark vergleichsweise hoch.

Längere Lebensarbeitszeiten erleichtern es, Renten auch in alternden Gesellschaften zu finanzieren (vgl. Abschnitt 2). Sie senken den Rentenbedarf und erhöhen das Finanzierungsniveau. Aufschlussreich ist daher, dass sich die Einbeziehung älterer Menschen in das Erwerbsleben in der EU dramatisch unterscheidet. Die Spanne reicht von Island, wo 84% aller Personen zwischen 55 und 64 Jahren noch erwerbstätig sind, über Schweden (69%), Norwegen (66%), Dänemark (60%), das Vereinigte Königreich (57%) und Estland (56%) auf der einen Seite, und Deutschland (45%), Frankreich (38%), Luxemburg (32%), viele osteuropäische Länder und Polen (27%) auf der anderen (Eurostat 2007: 135).

Beschäftigungsvergleiche sollten auch nicht befriedigte Erwerbswünsche, also Arbeitslosigkeit, berücksichtigen. Da sich die nationalen Definitionen der Arbeitslosigkeit und der jeweiligen Bezugsgruppierungen sehr unterscheiden, hat man in der EU Arbeitslosigkeitsquoten nach einheitlichen Maßstäben errechnet. Sie unterscheiden sich von den nationalen deutlich. Demnach waren 2005 in der EU insgesamt 8,8 Prozent der Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose) ohne Stelle. Arbeitslosigkeit war in Frankreich (9,7 Prozent) und in Deutschland mit 9,5 Prozent überdurchschnittlich verbreitet. Überdurchschnittlich hoch waren in der Regel auch (noch?) die Arbeitslosigkeitsquoten in den osteuropäischen EU-Ländern. Vergleichsweise wenige Menschen waren in Dänemark (4,8 Prozent), im Vereinigten Königreich (4,7 Prozent), den Niederlanden (4,7 Prozent), Luxemburg (4,5 Prozent) und Irland (4,3 Prozent) arbeitslos (Eurostat 2007: 140).

Arbeitslosigkeitsquoten

Verglichen mit anderen Ländern sind in Deutschland wenige jüngere Menschen und wenige Frauen arbeitslos. Dagegen war das Arbeitslosigkeitsrisiko

gering qualifizierter Menschen, das überall hoch ist, 2005 in Deutschland mit gut 20 Prozent ganz besonders hoch. Es war nur in Tschechien, Polen und in der Slowakei noch höher (Eurostat 2007: 143). Denn hierzulande werden infolge der starken Rationalisierung und Produktionsauslagerung vergleichsweise wenige Arbeitsplätze für gering Qualifizierte angeboten, aber relativ viele Menschen verlassen das Bildungswesen ohne ausreichenden Abschluss.

5.3 Die sektorale Entwicklung

Anteil der
Erwerbstätigen im
Dienstleistungs-
sektor

Der Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor gilt als wichtiger Modernisierungsindikator. In allen weit entwickelten Ländern steigt dieser Anteil, während die Beschäftigung im Produktionssektor nach langem Anstieg zurückgeht. Im Agrarsektor arbeitet in den modernsten Ländern nur noch ein minimaler Prozentsatz der Menschen.

Gemessen hieran ist Deutschland nicht besonders modern, obwohl mittlerweile auch hierzulande über zwei Drittel (67,8 Prozent) der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich arbeiten. In fast allen vergleichbaren Ländern ist der Dienstleistungsbereich größer. 2005 arbeiteten in Frankreich 71,9 Prozent, in Dänemark 72,6 Prozent, in Schweden 75,8 Prozent, in den Niederlanden 76,1 Prozent und im Vereinigten Königreich 76,5 Prozent der Beschäftigten in Dienstleistungsunternehmen. In den Vereinigten Staaten ist der Dienstleistungssektor schon auf 77,6 Prozent der Beschäftigten gewachsen (Statistisches Bundesamt 2006a: 248).

Deutschland hat einen vergleichsweise großen Produktions- und Industrie-sektor. Er gibt noch 29,9 Prozent der Beschäftigten Arbeit. Mag der Maschinen- und der Fahrzeugbau auch viel zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beitragen, es wird sich herausstellen, wie zukunftsfähig dieser Sektor sein wird. Besonders weit fortgeschritten ist der sektorale Strukturwandel im Vereinigten Königreich, in Schweden und in den Niederlanden. Dort hat sich der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft schon vollzogen. Nur noch ein gutes Fünftel der Erwerbstätigen findet dort in Handwerk und Industrie sein Auskommen.

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts ernährten sich hierzulande fast vier Fünftel der Menschen im primären Sektor, also durch Landwirtschaft und Fischerei. 2005 arbeiteten in Deutschland nur noch ganze 2,3 Prozent der Beschäftigten dort. In Großbritannien sind es sogar nur noch 1,4 Prozent. Im Gegensatz dazu bieten andere Länder (Rumänien 32,8 Prozent, Türkei 29,5 Prozent) noch fast einem Drittel der Menschen Arbeitsplätze im ersten Sektor (Statistisches Bundesamt 2006a: 248). Für die Agrarpolitik der EU sind diese Unterschiede sehr bedeutsam.

5.4 Wirtschaftsleistung und Wohlstandsniveau

Bruttoinlands-
produkt

Die Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP), d.h. der Wert aller hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen pro Kopf gilt als die wichtigste einzelne Kennzahl der gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes. Obwohl sich triftige Gründe

dafür anführen lassen, dass die Höhe der Wirtschaftsleistung auch über den Entwicklungsstand täuschen kann – jede Reparatur und jedes ökologisch fragwürdige Produkt erhöht das BIP – stellt doch die Wirtschaftsleistung die Ressourcen bereit, die Bildung, soziale Sicherung, Gesundheitsversorgung, persönlichen Wohlstand etc. erst möglich machen.

Das wirtschaftsstärkste und reichste Land der Welt ist Luxemburg. Auf jeden Einwohner entfiel 2005 ein kaufkraftbereinigtes BIP von fast 57.000 Euro (Kaufkraftparitäten). In gehörigem Abstand dahinter bestand 2005 die Spitzengruppe der EU, in der kaufkraftbereinigt mehr als 27.000 Euro auf jede Person kamen, aus den Ländern Irland, Niederlande, Dänemark, Österreich, Schweden und Großbritannien. Irland hat sich somit in wenigen Jahren vom Armenhaus Europas zum zweitreichsten Land der EU entwickelt. Deutschland fand sich 2005 mit 25.200 Euro im Mittelfeld.

Der Wohlstandsabstand zwischen den EU-Ländern ist infolge der Osterweiterung sehr gewachsen. Die „neue Unterschicht“ in der EU bildeten 2005 die Länder Ungarn, Slowakei, Estland, Litauen, Polen und Lettland. Dort lag das kaufkraftbereinigte BIP zwischen 15.000 und 11.000 Euro. Die 2007 in die EU aufgenommenen „Kellerkinder“ Rumänien und Bulgarien hatten 2005 (wie die Türkei) nur ein BIP pro Kopf von ca. 7000 Euro (Statistisches Bundesamt 2006a: 184).

6. Wohlstandsniveau und soziale Ungleichheit

6.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

Der Reichtum eines Landes insgesamt gibt über den Lebensstandard eines Menschen nur unzureichend Auskunft. Denn die verfügbaren Ressourcen werden in der Regel ungleich unter den Gesellschaftsmitgliedern verteilt.

„Soziale Ungleichheit“ heißt, dass die einzelnen Gesellschaftsmitgliedern aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung mehr oder weniger knappe, begehrte „Güter“ einer Gesellschaft erhalten und so bessere oder schlechtere Lebenschancen haben. So verdienen Ingenieure mehr als Schlosser, Ärzte sind angesehenere als Müllmänner, ein Abteilungsleiter hat mehr Macht als der Bürobote und Frauen haben schlechtere Chancen, in gesellschaftliche Führungspositionen zu gelangen als Männer.

Mit „sozialer Ungleichheit“ sind sowohl „gerechte“ als auch „ungerechte“ Vor- und Nachteile zwischen Menschen gemeint. Nicht als soziale Ungleichheit bezeichnet man natürliche (z.B. Körperstärke), zufällige (z.B. Lotteriegewinn) und momentane Ungleichheiten (z.B. die Ohnmacht einer Geisel).

Es ist zu unterscheiden zwischen Verteilungsungleichheit, d.h. der ungleichen Verteilung von begehrten knappen Gütern unter den Gesellschaftsmitgliedern insgesamt, und Chancenungleichheit. Hierunter versteht man die Chance bestimmter Bevölkerungsgruppen, eine vorteilhafte oder nachteilige Position in dieser Verteilung zu erlangen (z.B. die Chance von Frauen, gut bezahlte Berufspositionen einzunehmen).

Verteilungs-
ungleichheit
Chancen-
ungleichheit

Fasst man die Veränderungen der Struktur sozialer Ungleichheit im Modernisierungsprozess idealtypisch zusammen, so gewannen im Übergang von vorindustriellen zu industriellen Gesellschaften *erworbene*, d.h. durch individuelles Verhalten beeinflussbare Ungleichheiten an Bedeutung (z.B. durch die Besetzung einer bestimmten Berufsposition erlangte Prestigegrade, Einkommensstufen und Machtpotenziale). *Zugeschriebene*, d.h. an individuell unveränderliche Merkmale (wie Abstammung, Geschlecht, Alter, Nationalität und Kohorte) geknüpfte Vor- und Nachteile verloren allmählich an Gewicht. Wo sie fortbestehen (z.B. geschlechtsspezifische und ethnische Ungleichheiten) werden sie heute besonders kritisch gesehen.

Die „idealtypische Modernisierungssequenz“ (M. R. Lepsius) besteht darin, dass für die meisten Menschen in einer modernen Industriegesellschaft der *Beruf* die Stellung im Gefüge sozialer Ungleichheit prägt, und nicht mehr wie in der frühindustriellen Gesellschaft der *Besitz*, erst Recht nicht mehr wie in traditionellen Gesellschaften die *familiale Herkunft*. Je weiter Industriegesellschaften zu postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften fortschreiten, desto mehr gerät neben dem *Beruf* auch der *Bildungsgrad* als Determinante von Vor- und Nachteilen in den Vordergrund. Denn Industriegesellschaften entwickeln sich zu Wissensgesellschaften.

Aus der Sicht von Modernisierungstheoretikern verbreitert sich das Spektrum wichtiger Dimensionen sozialer Ungleichheit. Es werden immer mehr Vor- und Nachteile als wichtig empfunden. Neben den berufsnahen Dimensionen Einkommen, Berufsprestige und berufliche Macht geraten mehr und mehr auch soziale Sicherheit, Freizeit-, Arbeits-, Gesundheits- und Wohnbedingungen sowie „Ungleichbehandlungen“ in den Vordergrund der Aufmerksamkeit (Hradil 1987: 2001). Den herkömmlichen Modernisierungstheorien zufolge wird die Verteilung all dieser wertvollen, begehrten Güter innerhalb und zwischen Gesellschaften immer gleicher: Armut schwindet, die Mittelschichten wachsen. Neben der Verteilungsgleichheit nimmt auch die Chancengleichheit zu, zumindest modernisierungstheoretisch: Das Geschlecht, die ethnische und regionale Herkunft etc. haben immer geringere Auswirkungen auf die Lebenschancen von Menschen.

soziale Lagen
soziale Milieus
Lebensstile

Modernisierungstheorien besagen schließlich, dass Klassen und Schichten sich auffächern. Innerhalb von Klassen und Schichten entstehen immer unterschiedlichere soziale Lagen, soziale Milieus und Lebensstile.

6.2 Einkommensverteilung

Bei der empirischen Überprüfung der modernisierungstheoretischen Behauptungen ist es nicht möglich, auf alle Aspekte sozialer Ungleichheit einzugehen. Besonders geeignet für internationale Vergleiche und besonders wichtig für den Alltag der Menschen ist die Verteilung der Einkommen. Die meisten nationalen Einkommensverteilungen⁴ moderner Gesellschaften wurden zu Beginn der Industrialisierung ungleicher. Dies hat viel zur „sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts beigetragen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts, als der industrielle Sektor in den entwickelten Ländern immer dominierender wurde, haben sich die Ein-

kommensverteilungen dort langsam angeglichen. Die Mittelschichten wuchsen. Aufstiege dorthin wurden häufiger. Dies wurde als Fortschritt im Zuge der Modernisierung begrüßt.

Bemerkenswert ist, dass seit etwa den 1970er Jahren in vielen modernen (aber auch in vielen anderen) Gesellschaften die Einkommensverteilungen wieder ungleicher werden. Bedingt durch technischen Wandel und die „Globalisierung“ zwingen die aufbrechenden Produktivitätsunterschiede zwischen industriellem und Dienstleistungssektor sowie innerhalb des Dienstleistungssektors die (primären) Markteinkommen auseinander. Je nach dem Ausmaß der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung schlagen diese Verschärfungen auf die (sekundäre) Verteilung der verfügbaren Einkommen mehr oder minder stark durch.

Verglichen mit anderen EU-Ländern hielten sich in Deutschland die Verschärfungen der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten in Grenzen. 1991 erhielt das einkommensschwächste Bevölkerungsfünftel 9,7 Prozent allen verfügbaren (Netto-Äquivalenz-)Einkommens, 2005 immerhin noch 9,4 Prozent. Das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung verfügte 1991 über 35,2 Prozent, 2005 über 35,9 Prozent aller verfügbaren Einkommen (Statistisches Bundesamt 2006e: 609). In vielen anderen Ländern der EU, insbesondere in den neuen ost-mitteleuropäischen EU-Ländern, öffnete sich die Einkommensschere weiter. Besonders früh und stark gingen die verfügbaren Einkommen in Großbritannien auseinander. Dadurch ist Deutschland mittlerweile ein EU-Land mit unterdurchschnittlicher Einkommensungleichheit geworden. 2005 verfügte das einkommensstärkste Bevölkerungsfünftel in Deutschland über ein 4,1 mal so hohes (Netto-Äquivalenz-)Einkommen als das einkommensschwächste. Im Durchschnitt der EU-Länder belief sich dieses Verhältnis auf 4,9 (Eurostat Online Datenbank 2007).

Deutschland:
EU-Land mit
unterdurchschnittlicher
Einkommens-
ungleichheit

Der Einkommensabstand zwischen Männern und Frauen wird in der öffentlichen Diskussion sehr kritisiert. Die Bruttostundenverdienste von Frauen lagen 2004 in der EU insgesamt um 14 Prozent unter denen der Männer. Dies liegt weniger darin begründet, dass Frauen für gleiche Arbeit weniger erhielten, als in niedrigeren Berufsstellungen und zum Teil noch schlechteren Qualifikationen von Frauen. In Deutschland ist dieser Einkommensabstand mit 23 Prozent deutlich größer als in fast allen anderen EU-Ländern (Eurostat 2007: 182).

6.3 Armut

Armut⁵ besteht in wohlhabenden Ländern nur noch selten aus physischer Not. Sie äußert sich vielmehr darin, wegen unzureichender Mittel vom üblichen Leben in der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Armut erstreckt sich somit auf viele Aspekte: auf Wohnbedingungen, Bildungsgrade, Gesundheitsbedingungen und nicht zuletzt auf das Einkommen. Von Armutsgefährdung wird im internationalen Vergleich dann gesprochen, wenn Menschen über ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens⁶ verfügen. Nach dieser Messlatte waren 2003 in Deutschland 15 Prozent der Menschen armutsgefährdet. 1998 waren es erst elf Prozent. Dies bestätigt den Eindruck, dass sich die Ein-

kommensverteilung in Deutschland seit etwa den 1970er Jahren insgesamt zwar wenig, an ihrem unteren und oberen Rand aber doch fühlbar verändert hat. Der Bevölkerungsanteil mit sehr geringem und mit sehr hohem Einkommen ist gewachsen.

Einkommensarmut ist in Deutschland genauso weit verbreitet wie im Durchschnitt der EU.

Einkommensarmut ist in Deutschland genauso weit verbreitet wie im Durchschnitt der EU. Relativ viele arme Menschen fanden sich 2003 in Griechenland, in Irland und in der Slowakei (21 Prozent), in Portugal und in Spanien (19 Prozent), in Estland und im Vereinigten Königreich (18 Prozent). Relativ wenig Armut gab es in Tschechien (acht Prozent), in Slowenien (zehn Prozent), in Finnland (elf Prozent) sowie in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden und in Ungarn (zwölf Prozent). Es zeigt sich, dass in Ländern mit niedrigem BIP und/oder in Ländern mit wenig ausgebautem Sozialstaat verhältnismäßig viele Menschen in Armut leben (Eurostat 2006: 2007).

7. Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat

7.1 Begriffe und idealtypische Modernisierung

Modernisierungstheorien zeichnen folgendes Bild: Die Sicherung gegen Armut, Krankheit, Alter und Unfall war in traditionellen Gesellschaften in erster Linie Sache der Familie und des „ganzen Hauses“. Einrichtungen der Kirchen, von Städten und Landesherrschaften leisteten nur ergänzende Hilfen.

Mit der Herausbildung der Industriegesellschaft, insbesondere mit der Verstärkung und dem Vordringen der Kleinfamilie, brach ein großer Teil dieser Hilfeleistungen zusammen. Auf der anderen Seite verschärften sich die Risiken im Zuge der Industrialisierung: Die Existenz hing nur noch an der eigenen Erwerbstätigkeit (oder der des Familienernährers). Fiel diese durch Berufskrankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter aus, drohte die blanke Not. Deshalb schafften alle Industriegesellschaften Unterstützungs- und Versorgungseinrichtungen.

Im Laufe der Entwicklung der Industriegesellschaft kamen auf den Wohlfahrtsstaat immer mehr Aufgaben zu. Er sollte nicht nur Armut und Not beseitigen (z.B. durch Sozialhilfe) sowie die „Standardrisiken“ der Krankheit, des Unfalls, des Alters und der Arbeitslosigkeit absichern (in Deutschland durch Sozialversicherungen), sondern auch unerwünschte Formen und Ausmaße sozialer Ungleichheit einebnen (z.B. durch vertikale Umverteilung von den Reichen zu den Armen, durch horizontale Umverteilung von den Kinderlosen zu den Kinderreichen oder durch die Begrenzung von Machtpotenzialen u.a. durch Kündigungsschutzbestimmungen) und annähernd gleiche Lebensverhältnisse und Rahmenbedingungen herstellen (durch Bandinfrastruktur wie Straßen, Fernmeldeverbindungen etc. und soziale Infrastruktur wie Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Kindergärten, Gesundheitsdienste etc.).

Insgesamt richtete der Wohlfahrtsstaat seine Aktivitäten, ausgehend von den unteren Bevölkerungsschichten immer mehr auch auf mittlere und obere Schichten aus. Dabei setzte er neben Geldleistungen immer mehr auch Sach- und

Dienstleistungen ein, er schuf Rechtsansprüche und vermittelte Symbole (z.B. in Aufklärungskampagnen).

In postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften, in denen sich die Altersstruktur verschiebt und der globale Wettbewerb schärfer wird, vermindern sich die Ressourcen von Wohlfahrtsstaaten. Viele Länder konzentrieren dessen Aufgaben auf das notwendig Erscheinende und überantworten manche Leistung an die Einzelnen, an intermediäre Organisationen oder bürgerschaftliche Vereinigungen. Es entsteht ein „welfare-mix“. Dessen kleinere Einheiten sind oft auch besser in der Lage, neu entstehende Probleme zu lösen, wie zum Beispiel familiäre Desorganisation, Verschuldung, Drogenabhängigkeit etc.

7.2 Das Ausmaß der Sozialleistungen

Konfrontiert man diese theoretischen Aussagen mit den Fakten, so zeigt sich, dass der Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den meisten westeuropäischen Ländern schwergewichtig erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte. Auch die Sozialleistungsquote (Anteil am BIP, der für Sozialleistungen aufgewendet wird) Deutschlands erhöhte sich im Zuge des „Wirtschaftswunders“ nochmals deutlich, nachdem Deutschland durch den frühen Ausbau im Zuge der Bismarckschen Sozialpolitik schon internationaler Vorreiter war. Mitte der 1970er Jahre wurde mehr als jede vierte erwirtschaftete DM für Sozialleistungen ausgegeben. Das war mehr als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Angesichts der ersten Rezessionen wuchsen dann die Aufgaben und sanken die Einnahmen des Sozialstaats. Sowohl sozialdemokratische als auch konservative Regierungen begrenzten daraufhin einen weiteren Anstieg der deutschen Sozialleistungsquote. Sie stagnierte bis zur deutschen Wiedervereinigung. Deren Lasten erforderte einen nochmaligen Ausgabenanstieg, obwohl viele Leistungen mittlerweile reduziert worden waren. 2003 wurden drei von zehn (30,2 Prozent) in Deutschland erwirtschafteten Euro für Sozialleistungen ausgegeben. Nur Schweden (33,5 Prozent), Dänemark und Frankreich (30,9 Prozent) wendeten noch höhere Anteile hierfür auf. Irland, wo freilich die Alterung weniger weit fortgeschritten ist als in Deutschland, die Baltischen Staaten, die Slowakei und Spanien gaben im gleichen Zeitraum weniger als 20 Prozent ihres Wirtschaftsergebnisses für Sozialleistungen aus (Eurostat 2007: 126).

Sozialleistungsquote

7.3 Die Struktur der Sicherungsleistungen

Für manche sozialstaatliche Aufgaben wird weit weniger ausgegeben, als viele Menschen meinen. 2003 gaben die Staaten der EU ganze 1,5 Prozent ihres BIP für die *Armutsbekämpfung* und 6,6 Prozent gegen die *Arbeitslosigkeit* aus. Bei weitem die aufwendigsten Posten in der Sozialbilanz stellen die Leistungen dar, die die Risiken des *Alters* bekämpfen. In der EU machten sie 2003 volle 41 Prozent der Sozialleistungen aus. Addiert man dazu die 28 Prozent des EU-Sozialprodukts, die 2003 in Form von Sozialleistungen für die *Gesundheit* bzw. gegen *Krankheiten* der Bürger ausgegeben wurden (Eurostat 2007: 127), so belaufen sich allein diese beiden Ausgabenarten auf mehr als zwei Drittel aller Sozialleistungen. Da Krankheits-

kosten mit dem Alter von Menschen stark ansteigen, stehen also zwei Drittel der Sozialleistungen in engem Zusammenhang mit der Alterung von Gesellschaften.

7.4 Angleichung

Auf den ersten Blick scheinen die Systeme sozialer Sicherung in den Ländern der EU äußerst verschiedenartig zu sein. Sie differieren im Ausmaß, in den Organisationsformen, in der Struktur der Sicherungsleistungen, in den dahinter stehenden Konzeptionen.

Angesichts dieser augenfälligen Unterschiede ist es bemerkenswert, dass sich die Systeme sozialer Sicherung der westeuropäischen Länder im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr angeglichen haben. Sowohl das Ausmaß der Sozialausgaben als auch die Bevölkerungsanteile, die von staatlichen Sozialversicherungen abgesichert wurden, näherten sich deutlich an. Selbst die Grundsätze der Finanzierung der staatlichen Sozialversicherungen ähneln sich immer mehr (Kaelble 2007: 352).

8. Fazit

Ein Rückblick zeigt, dass die Sozialstrukturen der EU-Länder in vielerlei Hinsicht gemeinsame Entwicklungstendenzen aufweisen.

Ein Rückblick zeigt, dass die Sozialstrukturen der EU-Länder in vielerlei Hinsicht *gemeinsame Entwicklungstendenzen* aufweisen. Diese entsprechen häufig, jedoch durchaus nicht immer, den Voraussagen der anfangs skizzierten Modernisierungstheorien. So wachsen in praktisch allen EU-Ländern die „modernen“ Pluralisierungen der Lebensformen, die Bildungsbeteiligungen, die Erwerbsquoten (insbesondere von Frauen), die Tertiarisierung, die Wirtschaftsleistungen und der Wohlstand. Allerdings sind im Gegensatz zu Modernisierungstheorien Arbeitslosigkeit und Armut keineswegs durchgehend auf dem Rückzug. Die Einkommensverteilungen werden in vielen Ländern wieder ungleicher. Zwar gleichen sich die Chancen von Männern und Frauen durchweg an, nicht aber die von Migranten und Einheimischen, wohl auch nicht die von Alten und Jungen.

Gemeinsame Entwicklungstendenzen können bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten Unterschiede durchaus vergrößern. Die vorstehenden Abschnitte zeigten aber, dass Entwicklungsabstände und gesellschaftliche Unterschiede zwischen EU-Ländern in vieler Hinsicht schrumpften, obwohl Erweiterungen der EU die Heterogenität immer wieder vermehrten. Die Konvergenzen betreffen gerade die zentralen Modernisierungsmerkmale der Sozialstruktur. So bewegen sich die Bruttoinlandsprodukte der „alten“ EU-Länder mittlerweile auf sehr ähnlichem Niveau (dem nun auch Irland angehört). Die Wirtschaftsleistungen der „neuen“ Länder holen zügig auf. Auch die Systeme sozialer Sicherung und die Bildungsbeteiligungen haben sich einander angenähert. Obwohl sich immer wieder Auseinanderentwicklungen und auch wachsende Abstände zeigen, obwohl manche Unterschiede immer noch frappierend sind (z.B. die zwischen Familienformen in Griechenland und in Skandinavien), so bewegen sich doch die Sozialstrukturen der EU-Länder insgesamt aufeinander zu. Für die Integration der EU sind das keine schlechten Aussichten.

Anmerkungen

- 3 Aufbau und Grundgedanken dieses Aufsatzes sind dem Buch: „Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich“ (Hradil 2006) entnommen. Alle empirischen Befunde in diesem Beitrag sind aktualisiert.
- 4 Nicht eingegangen werden kann auf die *internationale* (Vergleich der jeweiligen nationalen Einkommensdurchschnitte) und auf die *transnationale* Einkommensungleichheit (der Verteilung der Einkommen auf alle Haushalte bzw. Personen auf der Welt). Weltweit gesehen, wird die internationale Einkommensverteilung ungleicher (wegen vieler kleiner, armer Länder), die transnationale Einkommensungleichheit dagegen gleicher (wegen des zunehmenden Wohlstands der bevölkerungsstarken Länder China und Indien).
- 5 Zum Begriff siehe Abschnitt 7.2.
- 6 Das Medianeinkommen ist so definiert, dass die Hälfte der Menschen eines Landes weniger und die andere Hälfte mehr verdient als das Medianeinkommen.

Literatur

- Erikson, Robert/Goldthorpe, John H. H., 1992: The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies. Oxford.
- Eurostat, 2006: Bevölkerungsstatistik 2006. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
- Eurostat, 2007: Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2006-2007. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
- Eurostat Online Datenbank, in: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&close=/agric&language=de&product=EU_MAIN_TREE&root=EU_MAIN_TREE&scrollto=0; 20.11.2007.
- Höhn, Charlotte/Mammey, Ulrich/Wendt, Hartmut, 1990: Bericht 1990 zur demographischen Lage, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 16, 135-205.
- Hradil, Stefan, 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Opladen.
- Hradil, Stefan, 2001: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen.
- Hradil, Stefan, 2003: Vom Leitbild zum „Leidbild“ – Singles, ihre veränderte Wahrnehmung und der „Wandel des Wertewandels“, in: Zeitschrift für Familienforschung 15, 38-54.
- Hradil, Stefan 2006: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden.
- Immerfall, Stefan, 1994: Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich. Passau.
- Kaelble, Hartmut, 2007: Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart. München.
- Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld.
- Kröhnert, Stefan/Klingholz, Reiner, 2005: Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann, in: Sozialer Fortschritt 54, 280-290.
- Lehmann, Petra/Wirtz, Christine, 2004: Haushaltszusammensetzung in der EU – Alleinerziehende, in: Eurostat (Hrsg.), Statistik kurz gefasst 5/2004, http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_04_05.pdf; 09.10.2007.
- OECD, 2004: Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003. Paris.
- OECD, 2006: Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2006. Paris.
- OECD, 2007: Gesellschaft auf einen Blick. OECD-Sozialindikatoren 2006. Paris.
- Peuckert, Rüdiger, 2007: Die Ehe – ein Auslaufmodell?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 1/2007, 39-49.
- Schäfers, Bernhard, 2004: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, Stuttgart.
- Schelsky, Helmut, 1960: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Stuttgart.
- Spencer, Herbert, 1877: Die Prinzipien der Sociologie. Stuttgart.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006a: Statistisches Jahrbuch 2006 für das Ausland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006b: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006c: Im Blickpunkt: Deutschland in der EU 2006. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006d: Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006e: Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Zapf, Wolfgang, 1996: Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan 24, 63-77.